

Markus Pieper beschwört die Vorteile der guten Zusammenarbeit in der EU



Der Landesvorsitzende der Senioren-Union Leonhard Kuckart und der Europaabgeordnete Dr. Markus Pieper: „Gemeinsam für Europa einsetzen.“

Ein Feuerwerk an positiven Errungenschaften durch die Europäische Union lieferte Dr. Markus Pieper in der Vorstandssitzung der Landessenioren-Union im Oktober in Düsseldorf ab. Der Europa-Politiker aus Lotte vertritt in der dritten Wahlperiode den Bezirk Münsterland in

Brüssel, außerdem ist er Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-/CSU-Fraktion und deren Mittelstandssprecher. Er führte aus, dass es bei Barroso noch 130 Gesetzgebungspakete pro Jahr gegeben habe, jetzt bei Juncker seien es noch 28. Markus Pieper bezeichnete die

EU als „Entbürokratisierungsprogramm“ und hob die positiven Effekte des europäischen Binnenmarktes für den Strukturwandel z.B. für das Ruhrgebiet hervor. Auch sei die Anzahl der europäischen Normen in den vergangenen Jahren drastisch gesenkt worden.



Markus Pieper beschwört die Vorteile der guten Zusammenarbeit in der EU

Seite 1 ►



Ministerin Ina Scharrenbach: Koalitionsvertrag bietet gute Ansätze für Forderungen der SU

Seite 3 ►



Peter Mellin: Die Senioren-Union ist kein Verein zum Kaffeetrinken.

Seite 4 ►

In Brüssel werde derzeit auch in jüngerer Zeit von einigen Politikern die Forderung vertreten, neben der NATO eine eigene europäische Verteidigungsmacht aufzubauen, die sich aber nicht als Konkurrenz zur NATO sondern als Ergänzung verstehen soll. Diese solle bei speziellen europäischen Anliegen zum Einsatz kommen. Unterschiedlichste Reaktionen habe die Forderung des französischen Präsidenten Macron hervorgerufen, einen EU-Finanzminister mit Eingriffsrechten in nationale Planungen zu installieren. Diese Forderung werde aber nicht mehr aufrecht gehalten.

Durch den Brexit würden die Briten als zweitgrößter Zahler wegfallen, was Auswirkungen auf die Subventionen für die Landwirtschaft haben könnte. Pieper forderte als Mittelstandssprecher, die mittelständische Wirtschaft beim Brexit zu schützen. Er sprach sich für eine Übergangszeit aus, in der die Briten EU-Gesetze übernehmen müssten und bis zu fünf Milliarden Euro pro Jahr an die EU zahlen müssten. Die Regelung mit Norwegen liefere hier ein gutes Vorbild. Pieper brachte zum Ausdruck, dass das Zusammenspiel der europäischen Kräfte auch gute Lösungen in Asyl- und Flücht-

lingsfragen bewirke. Das treffe besonders für die Forderung nach der Errichtung von Aufnahmezentren in Nordafrika zu.

Markus Pieper sprach sich für ein Sozialstaatmodell auf nationaler Ebene aus, weil die nationale Politik näher an den Problemen des Menschen sei. Es solle keine europäische Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung geben.

Der Europapolitiker appellierte an eine gute Zusammenarbeit aller EU-Kräfte, da sonst die Chinesen Vorteile für sich verbuchen könnten.

Union der Generationen

Otto Wulff und Paul Ziemiak zeigen politischen Schulterchluss

Ein eindrucksvolles Zeugnis für das verständnisvolle und generationenübergreifende Zusammenwirken von Jung und Alt geben Professor Dr. Wulff, Bundesvorsitzender der Senioren-Union, und Paul Ziemiak, Vorsitzender der Jungen Union Deutschlands in einem Besuchsmarathon durch nordrhein-westfälische Kreise ab. Durchweg waren die Ränge von politisch interessierten jungen und älteren Zuhörern besetzt. Als Beispiel für durch und durch gelungenen Veranstaltungen seien hier die beiden Besuche in Castrop-Rauxel und Olpe genannt. Die jeweiligen SU-Vorsitzenden Helge Benda (Castrop-Rauxel) und Wilma Ohly (Olpe) konnten viele Interessenten begrüßen. Außerdem konnten die Besucher die jeweiligen Bundestagskandidaten persönlich kennenlernen.

Begeistert vom Zusammenspiel der Generationen erklärte Paul Ziemiak, dass er mit Prof. Wulff „von Bad Tölz bis Schleswig-Holstein“ gereist ist. Und eine derart positive Grundhaltung gäbe es in keiner Partei, dass Junge und Ältere so positiv zusammen Wahlkampf machten wie in der CDU.

Paul Ziemiak sagte, es sei noch nie einer Generation in Deutschland so gut gegangen wie der der jungen Leute heute. Der Grundstein dazu sei von der älteren Generation gelegt worden. Dafür dankte der Bundesvorsitzende

der Jungen Union ausdrücklich der Senioren-Union. Im Interesse aller Generationen müssten Lösungen gefunden werden für die Fragen, wie die Rentensysteme und Gesundheitssysteme für die Zukunft gestaltet würden.

Ziemiak betonte, die SPD verspreche viel, sage aber nie, wie die Versprechungen finanziert werden sollten. Auf Initiative der CDU sei der Wohnungseinbruch zum Verbrechen erklärt worden, gegen den Willen der SPD. In Unserer Gesellschaft laufe vieles verkehrt herum. So wollten die Grünen etwas gegen die angebliche Polizeigewalt unternehmen und behaupten, die Polizei sei in Hamburg durch die Straße marodiert. Paul Ziemiak fasste zusammen: „Ich habe Angst vor den Leuten, die Angst vor der Polizei haben, nicht vor der Polizei.“

Zur Asylfrage erklärte er, wer einen Anspruch auf Asyl habe, müsse auch einen Anspruch darauf haben, jederzeit wieder zu gehen. Wer hier mit uns leben wolle, müsse auch unsere Werte mit uns teilen, sagte der Politiker.

Prof. Dr. Otto Wulff schloss den Bogen mit der Aussage, dass Zukunft die Erfahrung der Älteren brauche, aber auch die Innovationskraft der Jüngeren. „Mit der Union wird es uns gelingen, unser Land mit der Demokratie fest zu machen.“ Er forderte, in der Union stärker zu verkörpern, wo die Erfolge in Deutschland gefeiert wurden.

Nach dem Krieg seien in Deutschland 85 Prozent der Wirtschaft verloren gewesen, 85 Prozent aller Wohnungen zerstört, 15 Millionen Vertrieben seien aufgenommen worden, 9 Millionen Tote seien zu beklagen gewesen. Deutschland sei ein Volk ohne Hoffnung gewesen. In dieser Zeit vereinte sich eine neue Idee unter dem Zeichen des C. Die Union sei die Partei der Mitte gegen die Ränder. Deutschland sei in der Kreditwürdigkeit gegenwärtig auf dem 1. Platz in der Welt. Die Union setze sich mit aller Kraft für die europäische Einheit ein.

An die Junge Union gewandt, sagte Prof. Wulff, dass in den nächsten Jahren 800 Millionen junge Leute aus den Entwicklungs- und Schwellenländern auf den Markt kämen. Hier komme es auf die Ausbildung an. „Wir können es uns nicht erlauben, dass 30 Prozent der Studenten ihr Studium abbrechen“, sagte Prof. Dr. Wulff und forderte eine Bildungspolitik, die die Hochbegabten besonders fördere. Die ältere Generation müsse der jüngeren klar machen, dass sie mit Freude zur Schule gehen müsse. Die Union sei die Partei der Aufklärung, der Bildung, der Chancen. Viel Beifall von den Anwesenden aus allen Generationen erhielt er mit der Forderung, dass mit der kritiklosen Verleihung der doppelten Staatsbürgerschaft so nicht weitergemacht werden könne.

Ministerin Ina Scharrenbach bei der Senioren-Union Koalitionsvertrag bietet gute Ansätze für Forderungen der SU

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung konnte dem Landesvorstand der Senioren-Union in Düsseldorf einen Einblick in ihr breites Aufgabenspektrum geben. Besonders waren die Vorstandsmitglieder an den Punkten interessiert, die mit ihren Forderungen in der Seniorenpolitik übereinstimmen. Denn Ina Scharrenbach war schon vor der Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen Leiterin der Arbeitsgruppe für die Koalitionsvereinbarung, in der wichtige Punkte der Seniorenpolitik festgelegt wurden. Landesvorsitzender Leonhard Kuckart, der ebenfalls dieser Arbeitsgruppe angehörte, nannte drei Ziele, die aus Sicht der Senioren-Union erreicht worden sind: Das Vorgehen gegen jede Form der Altersdiskriminierung, die Einrichtung einer landesweiten seniorengerechten Infrastruktur sowie das Wohnangebot für Ältere zu stärken und auszubauen.

Leonhard Kuckart sagte, die Koalitionsvereinbarung biete gute Ansätze, konkret zu werden und diese drei Zielvorgaben zur Geltung zu bringen. Damit seien die Forderungen der Senioren-Union vor der Wahl in dem Koalitionsvertrag, der nach der Wahl entstanden ist, enthalten.

Ina Scharrenbach sagte, die Investitionsfreudigkeit im Wohnungsbau müsse gefördert werden, denn die Mehrkosten beim Bau von Mehrfamilienhäusern mit einer rollstuhlgerechten Wohnung lägen bei 20 bis 25 Prozent. In Großstädten existiere ein Mangel an bebaubaren Grundstücken, bis 2020 würden etwa 200.000



Der Landesvorsitzende der Senioren-Union NRW Leonhard Kuckart begrüßte mit dem Landesgeschäftsführer Heinz Soth die gerade ernannte Ministerin Ina Scharrenbach.

Wohnungen fehlen. Die Baukostensteigerungen spiegelten sich in den Mieten in den Städten wider. Diese seien häufig von alleinstehenden Frauen nicht zu leisten. Die Mietpreisbremse von SPD und Grünen habe bisher nur die Erkenntnis gebracht, dass niemand sagen könne, ob sie wirke oder nicht. Sie werde bis 2022 wieder aufgehoben.

Das Bauen für Ältere sei häufig nicht möglich, weil dies an der Vergabe von Krediten scheitere. Hier seien Änderungen vorgesehen, um auch diesen Bereich wieder zu aktivieren. Ministerin Scharrenbach er-

kannte die Notwendigkeit, günstigen Wohnraum für ältere Menschen in den Städten zu finden. Wer jetzt barrierefrei baue, Sorge dafür, dass sein Haus auch in der Zukunft Bestand habe. Barrierefreiheit bedeute auch kinderwagengerecht.

Die Ministerin rief die Senioren-Union auf, sich 2018 am europäischen Kulturjahr zu beteiligen. In der heutigen Zeit sei der Heimatbegriff mehr denn je gefragt. Sie hob die Bedeutung des Ehrenamtes im Gemeinwesen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Heimatbegriff hervor.

CDU Remscheid fordert städtische Hausbesuche bei Menschen ab 75 Jahren

Elke Rühl, Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand und Vorsitzende der Senioren-Union in Remscheid fordert städtische Hausbesuche für Menschen ab 75 Jahren. Prominentes Vorbild für diese lobenswerte Initiative ist die Stadt Köln, in der Oberbürgermeisterin Henriette Reker Hausbesuche für Menschen ab 75 Jahren eingeführt hat.

Elke Rühl begründet ihre Initiative unter anderem damit, dass jetzt in Remscheid Ernst gemacht werden solle mit der seniorengerechten Verwaltung. Offensichtlich nicht erfreut über diese Forderung zum Wohle der älteren Mitmenschen ist SPD-Bürgermeister Mähler, der von der örtlichen Presse in diesem Zusammenhang mit der Aussage zitiert wird: „Möchten Sie mit 75

Jahren einen vom Amt an Ihrem Bett sitzen haben oder lieber die Kinder?“ Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Remscheid hat die Forderung Elke Rühls inzwischen als Antrag in die politischen Gremien eingebracht. Dazu Elke Rühl: „Ziel sollte sein, dass älteren Menschen so lange wie es eben geht ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden führen können.“

„Die Senioren-Union ist kein Verein zum Kaffeetrinken“



Peter Mellin aus Hamminkeln

Für Peter Mellin aus Hamminkeln gibt es kein Rasten. Das Leben des 86jährigen ist immer geprägt gewesen von Arbeit, Lernen, Aktivismus, Durchsetzungsvermögen und Einsatz für Ideale. Besonders die Senioren-Union hat von den vielen guten Ideen des 1931 in Schlesien geborenen Diplom-Ingenieurs für Landmaschinenbau profitiert. Und er selbst ist in den Jahren seines Ruhestandes immer ein leidenschaftlicher Verfechter der Interessen der älteren Ge-

neration gewesen. Senioren-Union bedeutet für ihn nicht nur Geselligkeit. „Wir müssen auch politisch sein und unsere Ideen umsetzen“, nennt er sein Credo. Dazu müsse zur Not auch mal heftig Überzeugungsarbeit geleistet werden, sagt der agile Rentner, der seit 1972 in Hamminkeln lebt, 1974 in die CDU eintrat und 1996 Rentner wurde. Quasi generalstabsmäßig wurde die Senioren-Union an der Schnittstelle von Nordrhein und Westfalen gegründet. „Wir haben uns nicht als Kaffeetrinker-Truppe verstanden. Hier wurde Politik gemacht, wir waren gegenüber der operativen Politik immer gleichberechtigter Partner“, sagt der Aktiv-Posten, der die Gründung der Senioren-Union 1994 mit Gleichgesinnten realisierte. Schnell merkten sie, dass sie in ihrem politischen Streben als Senioren-Union von anderen Strömungen ausgebremst werden sollten. Gemeinsam mit den treuen Mitstreitern wurden aber viele Dinge durchgesetzt. Im Jahre 2011, bei seinem Ausscheiden aus seinem Amt des SU-Vorsitzenden von Hamminkeln, hatte der

Stadtverband 252 Mitglieder bei etwa 27.000 Einwohnern.

Erfolge erzielte die Senioren-Union in Hamminkeln durch praktische Hilfe für Senioren in nahezu allen Lebensbereichen bis hin zum Notfall-Pass, der mit Ärzten entwickelt wurde. Außerdem haben Mitglieder der Senioren-Union in Organisationen, die den Senioren nützlich sein konnten, die Federführung übernommen. Dabei wurde erreicht, dass das Forum Senioren stimm- und vorschlagsberechtigt ist und zu allen Punkten in der Politik Stellung nehmen darf. Im Kreise „seiner“ Senioren-Union hält sich Peter Mellin immer noch regelmäßig fit. Stadtradeln, Wandergruppe, Gesundheitsprogramm gehören zu den regelmäßigen Aktivitäten, bei denen sich stets eine große Zahl politischer Mitstreiter einbringt. Bemerkenswert: Kinderspielplätze wurden zum Generationenpark umgewandelt. Die Geräte auf den Spielplätzen wurden vom Forum Senioren gekauft, dies nennt er ein gutes Beispiel für gelungene Generationen übergreifende Arbeit.

Bezirk Südwestfalen bestätigt Eberhard Bauerdick



Bei den Vorstandswahlen wurde Eberhard Bauerdick als Vorsitzender, Wilma Ohly und Albert H. Hoffmann als stellvertretende Vorsitzende in Ihrem Amt bestätigt.

Bevor der Vorsitzende des Bezirks Südwestfalen, Eberhard Bauerdick, in seinem Amt wiedergewählt wurde, rief er bei der Begrüßung der Bezirks-Delegiertenversammlung in Soest aus: „Die Senioren sind zur Stelle, wenn sie gerufen werden.“ Er verwies darauf, dass im Koalitionsvertrag der Landesregierung die ältere Generation zum ersten Mal einen eigenen Passus bekommen habe, den gegen die Altersdiskri-

minierung und für eine landesweite seniorengerechte Infrastruktur. Eberhard Bauerdick kündigte an: „Wir werden die CDU beim Wort nehmen.“ Dann zog der langjährige Bezirksvorsitzende ein Resümee über die vergangenen Vorstandsjahre. Ein leidenschaftliches Plädoyer für die Errichtung einer medizinischen Fakultät an der Universität Siegen hielt Wilma Ohly. Sie sagte: „Wir leben im Sauerland und Siegerland und wir müssen hier unseren Nachwuchs auch für die medizinische Betreuung der Menschen im ländlichen Raum rekrutieren.“ Kräfte in der Landesregierung wollten die Fakultät in Bielefeld ansiedeln, was verhindert werden müsse. Wilma Ohly erhielt für ihre Forderung lang anhaltenden Beifall.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen

Landesvorsitzender Leonhard Kuckart

REDAKTION

Heinz Soth (V.i.S.d.P.)

Mechthild Solberg,

Leonhard Kuckart,

Rainer Mohrmann

Fotos: Roland Rochlitzer,

Norbert Solberg

ANSCHRIFT

Wasserstraße 6 | 40213 Düsseldorf

Tel. 0211.13600-22 | Fax 0211.13600-54

info@senioren-union-nrw.de

www.senioren-union-nrw.de

GESAMTAUFLAGE

33.000 Exemplare